

Endl. wöch. Bezugspreis für März 8.— M einschl.
Befüllung. Anzeigenpreise: Die 1gsp. Postzelle 80 J.,
Stellengefache 20 J., Die Petrikomme 80 Milli-
meter breit, 1 M. Öffertengebühren für Selbstschalter
20 J., bei Übersendung durch die Post außerdem
Portoguthag. Einzel-At. 10 J., Sonntags-At. 15 J.
Geschäftlicher Teil: Tolle & Thomann, Dresden.

Folzmoden
Umarbeitung
Reparatur
Aufbewahrung
A. Völler
Dresden
Strehler Str. 8
Ruf 48477

Sächsische Volkszeitung

Gür christliche Politik und Kultur

Mittwoch, 17. März 1926

Um Fälle höherer Gewalt erlässt jede Verpflichtung
auf Lieferung sowie Erfüllung d. Anzeigenaufträgen
u. Leistung v. Schadensersatz für unendl. u. d. Fern-
ruf übermitt. Anzeigen übernehmen wir keine Ver-
antwortung. Unterliegt eingeladene u. m. Rückporto
nicht verlebte Manuskript wird nicht aufbewahrt
Sprechstunde d. Redaktion 5 bis 6 Uhr nachmittags
Hauptanschrift: Dr. Joseph Albert, Dresden

Verleger, Heraus- und Verleger: Eugen-
Graebner-Gesellschaft, Dresden-N. 10, Goldsteinstraße 46.
Telefon 3222. Zeitungsdruckerei Dresden 14101.
Banffont: Gaffange & Kreisler, Dresden.

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung
Dresden-Bill. 16, Goldsteinstraße 46, Telefon 3222
und 3223.

Der Matteotti-Prozeß

Von unserem römischen Korrespondenten.

Die in Paris erscheinende italienische Zeitung "Carte degli Italiani" wußte lebhaft zu melden, daß die Witwe des von den Faschisten ermordeten Abgeordneten Matteotti ihre Klage zurückgezogen habe, nachdem Mussolini bestimmt hatte, daß der Prozeß nicht vor den Aulänen in Rom verhandelt werden darf, wo das Verbrechen geschahen war, sondern in dem weltgelegenen Abruzzenstädtchen Chieti, wo der Prozeß sozusagen unter Ausschluß der Öffentlichkeit vor sich gehen kann und die politische Gesinnung der Geschworenen und der Bevölkerung eine Garantie dafür ist, daß der Prozeß nach den Wünschen Mussolinis und der herrschenden Partei ausfällt.

Nochdem schon während der Voruntersuchung als unbeteiligt und unparteiisch geltende Untersuchungsrichter entfernt und abgewählt worden waren, endete die Voruntersuchung bekanntlich damit, daß sämtliche faschistische Auftraggeber des Mordes überhaupt nicht unter Anklage gestellt wurden, sondern freigelassen wurden und nach wie vor ihre "Ehrenämter" in der Partei bekleideten. Das einschlägige wäre nun gewesen, auch die materiellen Urheber des Mordes verschwinden zu lassen. Aber da die Beweise zu erdrücklich waren und ihre Schuld von den faschistischen Organen in der Höhe der Presseehde vor ungefähr einem halben Jahrzehnt zugegeben worden war, und da es sich auch um gedungene Mordgesellen handelte, die eben auch das Risiko tragen mußten, so nahm man nicht Rücksicht auf dieselben, sondern ließ der "Justiz" ihren Lauf. Zwar haben einige mit "Enthüllungen" gedroht, doch werden sie nach einem halben Jahrzehnt — so lange liegt der Mord jetzt schon zurück! — irgendwie geworden sein, daß sie eine formelle Verurteilung vorziehen, auf welche dann in Kürze eine Amnestie und ein Verschwinden ins Ausland folgen wird.

Es erübrigts sich nicht, in unserer kurzlebigen und vergleichlichen Zeit den Sachverhalt noch einmal kurz vor dem Abspielen des Prozesses ins Gedächtnis zurückzurufen.

Im Juni 1924 hatte der Abgeordnete Matteotti, welcher dem gemäßigten Flügel der Sozialdemokratie angehörte, aber in seinen persönlichen Anschaunungen fast christlich-sozial gerichtet war, im Parlament Mussolini mit Enthüllungen gedroht, für welche er in der nächsten Sitzung die Unterlagen bringen werde. Am folgenden Tage verschwand Matteotti, nachdem er sich von seinem Hause zu Fuß in die Parlamentsstätte begaben hatte.

Seine Gattin, mit weiblichem Instinkt den Zusammenhang ahnend, teilte am nächsten Tage den Behörden das Verschwinden mit, in der Hoffnung, wenigstens das Leben ihres Mannes zu retten, wenn er wegen der Mussolini schwer kompromittierenden Dokumente das Opfer einer der alltäglichen faschistischen Überfälle geworden wäre. Auch an den Papst wandte sich Frau Matteotti, um durch seine Autorität bei den Faschisten die Herausgabe ihres Mannes zu erreichen. Der Heilige Vater lehnte damals ab, Frau Matteotti zu empfangen. Sie wurde jedoch von Kardinalstaatssekretär Gaspari empfangen, der sein Bestes tat, um die ungünstliche und religiöse Frau zu trösten, ohne allerdings viel von seiner Intervention versprechen zu können. (Bekanntlich ist Kardinal Gaspari den Faschisten ein Dorn im Auge.)

Matteotti — tot oder lebendig — blieb verschwunden. Da offiziell Anzeige bei den Gerichtsbehörden erstattet worden war und diese sich vor einem halben Jahrzehnt noch eine gewisse Unabhängigkeit von der Politik und der regierenden Partei gewahrt hatte, und sich auch die öffentliche Meinung in Italien regte, die damals noch nicht ganz unterdrückt war, begannen die Gerichtsbehörden Nachforschungen anzustellen, fanden aber den einmütigen Widerstand der Polizeibehörden, welche ganz in faschistischen Händen waren. Infolgedessen nahmen die Oppositionsparteien die Nachforschungen privat in ihre Hände und führten sie so weit, daß nicht mehr der geringste Zweifel über die Peitscherdämung Matteottis durch die Faschisten möglich war. Die Justizbehörden konnten nun nicht umhin, die Verhaftungsbescheide gegen die von der ganzen Welt als materielle und moralische — oder besser gesagt unmoralische — Urheber des Mordes ergehen zu lassen, und so wanderte so ziemlich die ganze faschistische Parteileitung ins Gefängnis, die aus Individuen bestand, die vielfach vorbestraft, es durchaus sacro egoismo zu den leitenden Stellen der faschistischen Partei gebracht hatten und eine Tscheka gegründet hatten, welche der Moskauer Tscheka nicht viel nachgab.

Die öffentliche Meinung Europas, welche nicht durch Pressezensuren und Strafexpeditionen einzuschließen war, hatte inzwischen begreifliches Interesse an der Mordaffäre genommen, und Mussolini konnte nicht umhin, seine zu stark kompromittierten Helfershelfer

Währungskrise in Belgien

Vor dem Rücktritt des Finanzministers — Ausscheiden Belgiens aus dem Völkerbundsrat?

London, 16. März

An der gestrigen Börse stand ein völlig unerwarteter Sturz des belgischen Franken statt, der seit Monaten mit etwa 107 notierte und heute morgen auf 121,5 fiel, um bis zum Schluss der Börse leicht anzu ziehen. Man bringt diese Verschlechterung mit der Entwicklung der Lage in Genf in Zusammenhang. Auch hält man es für möglich, daß sich bei den Verhandlungen über eine englisch-amerikanische Sanierungsanleihe an Belgien Schwierigkeiten ergeben haben.

Paris, 16. März. Wie Havas aus Brüssel berichtet, sollen nach der "Action Belge" Außenminister Vandervelde in Genf und Arbeitsminister Bauters, der sich gegenwärtig in London aufhält, von der durch den plötzlichen Devisensturz verursachten Finanzkrise benachrichtigt worden sein. Es sei möglich, daß beide Minister so schnell wie möglich nach Brüssel zurückkehren.

Brüssel, 16. März

Der Sturz des belgischen Franken hat in Belgien eine außerordentliche Eiregung hervorgerufen. Der Ministerrat hat den ganzen Tag Beratungen abgehalten. Am Nachmittag empfing der

Finanzminister verschiedene Finanzleute, die dem Finanzminister die Sicherung gaben, daß sie alle Maßnahmen ergreifen würden, um eine weitere Entwertung des Franken zu verhindern. Die Finanzkommission der Kammer ist für heute vormittag einberufen worden. Nach Schluss des Ministerrates erklärte der Finanzminister, seine Stabilisierungspläne bleibten auch weiterhin bestehen.

In politischen Kreisen spricht man von einem voransichtlichen Rücktritt des Finanzministers, der aber keinen Rücktritt des Kabinetts zur Folge haben werde.

London, 16. März. "Times" berichtet aus Genf: Im Völkerbundsrat werde der geplante Rücktritt Vandels mit tielem Bedauern angesehen. Der Mann, der fast allein den Völkerbundssinn während der ganzen augenblicklichen Krise gezeigt habe, werde jetzt vielleicht geopfert werden. Aber möglicherweise werden die neutralen Mächte, nach die deutsche Delegation führen diese Lösung als günstig an und es sei möglich, daß Belgien der Staat sei, der seinen nichtständigen Ratlosigkeit dem Völkerbund zur Verhinderung stellt.

Der Beginn der Arbeitszeit-Konferenz

London, 16. März.

Die Arbeitszeitkonferenz der fünf führenden Industriestaaten Europas ist gestern durch den englischen Premierminister Baldwin eröffnet worden. Baldwin erklärte in seiner Eröffnungsansprache, die Arbeiterschaft der ganzen Welt habe nach den schrecklichen Kriegsjahren gefordert, sie werde wieder in einen Zustand versetzen, der ökonomisch weit unter dem früheren stand liegen würde. „Ich weiß“, fuhr Baldwin fort, daß es Leute gibt, die sagen, daß internationale Regelungen meist zum Nutzen eines oder anderen Landes seien. Es kann in Europa nicht die Rede davon sein, daß ein Land auf Kosten des anderen profitiert. Der rücksichtlose Wettbewerb der Gegenwart ist eine ernste nationale Gefahr.

Der französische Arbeitsminister Durand erklärte darauf, daß die vor der Konferenz begonnene Arbeit notwendig und dringend gewesen sei und daß die Arbeiter der ganzen Welt ungeduldig auf das Ergebnis warteten.

Mit größter Spannung wurden darauf die Erklärungen des deutschen Reichsarbeitsministers Brauns

entgegengenommen. Er machte über die Entwicklung und den Stand der Arbeitszeitfrage in Deutschland folgende Darstellungen:

Nach dem Kriege war in Deutschland der unangenehme Acht-Stundentag bis Ende 1923 in Geltung. Schon im Jahre 1922 hatte die deutsche Regierung einen Gesetzentwurf zur Klassifizierung des Washingtoner Abkommen den gezeigten Abverschäften unterbreitet. Durch den völligen Ruin der Währung und den Zusammenbruch der Ernährung und Wirtschaft im Jahre 1923 mußte, um das Wirtschaftsleben einzurichten, in Fluss zu bringen, leider auch unter großen Drücken für die Sozialpolitik die noch heute geltende Verordnung über die Arbeitszeit vom Dezember 1923 erlassen werden. Die deutsche Regierung erklärte in dieser Verordnung nur eine Kompromißlösung, die sie sobald wie möglich wieder abzuschaffen bestrebt ist.

Über die unter diesem Gesetz tatsächlich übliche Arbeitszeit in Deutschland herrschen im Auslande falsche Vorstellungen. Vor mir liegt eine neue amtliche Statistik, die von der Reichsarbeitsverwaltung aufgestellt worden ist. Der Staat ist unterliegen 7099 Tarifverträge, von denen 785 945 Betriebe mit rund 11,9 Millionen Arbeitnehmern erfaßt werden. 6506 von diesen Tarifverträgen, die rund 10,9 Millionen Arbeiter, also über 90 Prozent der Verträge, enthalten, enthalten Angaben über die Arbeitszeit. Von diesen 10,9 Millionen Arbeitnehmern hatten 1 295 037 eine regelmäßige Arbeitszeit von weniger als 48 Stunden pro Woche. Die regelmäßige Wochenarbeit von 48 Stunden hatten 8 432 421 Arbeitnehmer. Eine Arbeitszeit von mehr als 48 Stunden hatten nur 1 190 633 Arbeiter, also nur ein Zehntel der von der Statistik erfaßten Arbeitnehmerchaft. An diesem Anteil haben den größten Anteil die landwirtschaftlichen Betriebe. Gest in weitem Abstand dahinter kommt die Metallindustrie. Die Tarifverträge liefern naturgemäß Überprüfungen zu, die ja auch nach dem Washingtoner Abkommen grundsätzlich gefestigt sind.

Aus diesem Bilde ergibt sich, daß die Rückkehr zu einem Normalarbeitszeit von acht Stunden für Deutschland keineswegs eine Unmöglichkeit darstellt. Anvielgebessert ist die deutsche Regierung insbesondere seit der Bekämpfung mit vier der auch hier vertretenen Staaten in Bern unangreifbar an der Arbeit gewesen, um ein neues Arbeitszeitgebot zu entwerfen, das wieder zu dem Normalarbeitszeit von acht Stunden zurückkehrt. Ein neuer Gesetzesentwurf wird noch im Sommer dem Reichstag zugehen. Er ist so gestaltet, daß auf seiner Grundlage die Klassifizierung des Washingtoner Abkommen durch Deutschland erfolgen kann.

In Kreisen der deutschen Delegation glaubt man nach dem Verlauf des gestrigen Konferenztages, daß, wenn auch eine absolute Einigkeit der Interpretation des Washingtoner Abkommen natürlich nicht zu erwarten sein werde, eine Einigkeit doch nicht außerhalb des Bereiches der Möglichkeit liegt. Die Konferenz wird vornehmlich bis Donnerstag dauern.

aufzugeben, und er erklärte damals im Parlament, daß er das Opfer der Freimaurer geworden sei, denn nur diese hätten ihm den Streich spielen können, um Matteotti, ihren schlimmsten Feind zu verderben.

Merkwürdigweise stellte es sich dann heraus, daß allerdings die pezzi grossi des Faschismus meistens Freimaurer gewesen waren, was aber durchaus nicht gehindert hat, daß sie heute noch Ehrenposten in der Partei bekleideten, nachdem sie vom Untersuchungsrichter freigelassen wurden.

Die Leiche Matteottis blieb jedoch verschwunden, trotz der Bemühungen der Verwandten, sie wiederzufinden und zu begraben.

Eines schönen Sommertages verplapperte sich ein faschistisches Blatt und stellte das baldige Finden der Leiche in Aussicht.

„Zufällig“ wurde am nächsten Tage durch einen Polizeibeamten die Leiche auch gefunden, welcher auf der Jagd angeblich durch eines Jagdhunds Scharen aufmerksam gemacht weitergrub und — einen halben Meter

unter dem Boden ein Skelett vorsah. Leider war das Skelett zehn Zentimeter kleiner als der mittelgroße Matteotti; außerdem war es so gut verwest, daß alle Fachleute erstaunt waren, wie einen halben Meter unter dem Boden in wenigen Monaten eine so radikale Verwestung möglich sei, und wie der Leichengeruch an der, wenige Meter von einer frequentierten Straße gelegenen Stelle von niemanden je bemerkt worden sei. Nur der Schädel schien echt zu sein und wurde an einem goldenen Gebiß wiederhergestellt, während die allgemeine Überzeugung vom Skelett diejenige war, daß es aus einer Anatomie dorthin gebracht worden war. Nach einer, unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattgefundenen Leichenbesichtigung mußte die Familie Matteotti der Beerdigung der Leiche als der wirklichen Leiche im Familiengrab in Oberitalien zustimmen.

Das gerichtliche Nachspiel — oder besser gesagt Komödie — soll am heutigen 16. März in Chieti stattfinden. Über dessen Ausgang sind Zweifel kaum möglich, wie es die Witwe des Ermordeten klar bezeugt.